

„Digitale Kommune“

Sitzungsdienst und Berichtswesen – smart digitalisieren

Kommunale Verwaltungen müssen sowohl ihre Gremien als auch ihre Bürgerinnen und Bürger informieren und sie in die Abläufe integrieren. Entsprechend unterliegen sie Berichts- und Informationspflichten, die allerdings einen hohen zeitlichen, material-



Dr. Ulrich Keilmann
leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat

gleichzeitig auch für eine junge, moderne und aufgeschlossene Verwaltung. Deswegen untersuchten wir als ein Beispiel dafür den digitalen Sitzungsdienst vor Ort.

Für ihre Gremienarbeit nutzten 15 der 18 geprüften Kommunen einen digitalen Sitzungsdienst

Bilanz. Gleichwohl muss es das Ziel sein, alle Berichte und Informationen online bereitzustellen und die technischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Wichtig in diesem Zusammenhang und im Sinne der Nachhaltigkeit ist es auch, die Unterlagen nicht auch zusätzlich in Papierform – etwa auf Wunsch – zur Verfügung zu stellen. Nur so lassen sich tatsächlich die regelmäßigen Druck-, Versand- und Personalkosten vermeiden, die Mehraufwendungen für individuelle „Sonderdrucke“ verhindern, die Nachhaltigkeit der Verwaltungsleistungen insgesamt steigern und nebenbei die Effizienz und auch die Transparenz erhöhen.

intensiven und nicht zuletzt auch personellen Aufwand verursachen. Gerade deswegen sollten hier alle Chancen und Möglichkeiten eines rein digitalen Sitzungsdienstes genutzt werden.

Die Digitalisierung ermöglicht eine einfache und schnelle Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und -trägern. Dabei führt eine ausgeprägte Digitalisierung kommunaler Leistungen zu weit mehr als einer gesteigerten Effizienz. Sie steht

und verwalteten hierüber Protokolle, Recherchen, Tagesordnungen, Termine, Vorlagen sowie die Beschluss- und Antragskontrolle.

Für ihre Bürgerinnen und Bürger hatten 14 der 18 Kommunen die Möglichkeit eröffnet, über die Homepage direkt auf das Gremieninformationssystem zuzugreifen.

Vollständiger Verzicht auf Papier

Insgesamt ist das für Kommunen in der hier untersuchten Größenordnung von 5.000 – 15.000 Einwohnern durchaus eine positive

Lesen Sie mehr zum Thema „Digitalisierung des Verwaltungshandels“ in der Juni-Ausgabe des Behörden Spiegel, S. 17, im Kommunalbericht 2022, Hessischer Landtag, Drucksache 20/ 9410 vom 25. November 2022, S. 127 ff., sowie im Konsolidierungsbuch 2022, S. 14. Beide zuletzt genannten Dokumente sind kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de/abrufbar.

	Digitaler Sitzungsdienst (Gremieninformationssystem)		
	für Gremien	für Bürger	Papiervermeidung
Altenstadt	✓	✓	✓
Bad Arolsen	✓	✓	✓
Bad Sooden-Allendorf	●	●	●
Birstein	✓	✓	⊙
Breuberg	⊙	●	●
Eschenburg	✓	✓	✓
Habichtswald	✓	✓	✓
Hofbieber	✓	✓	✓
Hofgeismar	✓	✓	⊙
Lautertal (Odenwald)	✓	✓	✓
Rosbach v. d. Höhe	✓	✓	⊙
Spangenberg	✓	✓	✓
Steinau an der Straße	✓	✓	⊙
Trendelburg	●	●	⊙
Waldeck	●	●	●
Wehrheim	✓	✓	✓
Weilmünster	✓	✓	⊙
Wetter (Hessen)	✓	✓	⊙

✓ = ja, ● = nein, ⊙ = teilweise

Quelle: BS/eigene Erhebungen; Stand: Februar 2022
Abbildung: Sitzungsdienst und Berichtswesen

Opfer der eigenen Stärke

Geld allein reicht Kommunen nicht aus

(BS/Marlies Vossebrecker) Auf dem Kommunalen Finanzgipfel in Bonn ging es unter anderem auch um das Dilemma der Kommunen in Deutschland: Obwohl sie selbst mit Engpässen bei Personal und Finanzmitteln zu kämpfen haben, müssen sie zahlreichen Aufgaben nachkommen.

Ein großes Problem stelle dabei die hohe Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger dar, die den Staat als Vollversorger-Service ansähen, sagte **Margarete Heidler**, Kämmerin der Stadt Bonn. Doch die Kommunen könnten die geforderte Unterstützung gar nicht leisten, denn Personal- und Finanzmangel sowie Probleme bei der Digitalisierung und deren Ausbau setzten große Ressourcen voraus, so **Heidler** weiter. Ressourcen, über welche die Kommunen aktuell nicht verfügen. So müssten die Städte als Eigentümerinnen der Stadtwerke die hier entstehenden Kosten übernehmen oder Klimaziele aus eigener Tasche finanzieren – für die Stadt Bonn etwa resultiere aus dem Klimaschutzplan ein hoch verschuldetes Haushalt, konstatierte **Heidler**.

Geld allein löst keine Probleme

Die Kommunen seien Opfer ihrer eigenen Stärke, stimmte Finanzreferent **Stefan Anton** vom Deutschen Städtetag zu. Ihnen fehlten zur Erfüllung ihrer zahlreichen zu bewältigenden Aufgaben die erforderlichen Gelder. **Anton** betonte jedoch zugleich, dass Geld allein nicht ausreiche, um die Probleme zu lösen. Finanzmittel erhielten Kommunen oftmals nur im Zusammenhang mit Auflagen und Einschränkungen, bemängelte er. Neue Regulierungen mit umständlichen Abläufen erschwerten es den Kommunen, die ihnen zustehenden Hilfen zu erhalten. Zudem verlangsamten Reformen die Prozesse zusätzlich, auch wenn sie grundsätzlich gutzuheißen seien. **Anton** rief dazu auf, die Ratsschläge der Fachleute anzunehmen, welche die Gesetze schließlich anwenden müssten. Darüber hinaus müssten Bund und Länder die Prozesse in ihrem Tätigkeitsbereich genau prüfen und im Blick behalten. Hier widersprach Staatssekretär

Werner Gatzert vom Bundesfinanzministerium. Der Bund habe bereits viel für die Kommunen getan. So habe er großzügige Programme zur Unterstützung finanziert, obwohl dies klar außerhalb seiner Zuständigkeit liege, stellte **Gatzert** klar. Bei vielen Herausforderungen wie etwa der Energie- oder Klimakrise könnten die Kommunen weiterhin auf Hilfen der Regierung zählen.

„Die Kommunen sollten weniger bitten und mehr fordern.“

Stefan Anton, Finanzreferent beim Deutschen Städtetag

Insbesondere bezogen auf die Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten befänden sich Bund und Länder aktuell im Gespräch, so **Gatzert**. Im Zentrum des Diskurses stehe dabei die bessere Verteilung von geflohenen Menschen und eine Begrenzung des Zustroms. Der Bund könne sich an den anfallenden Kosten lediglich beteiligen und diese nicht vollständig übernehmen. **Gatzert** bestätigte, dass die Regierung den Kommunen zu diesem Zweck ab dem Jahr 2024 jährlich 1,25 Milliarden Euro dauerhaft zugesagt habe. Zugleich kritisierte er, dass die Länder ihrerseits jetzt in der Pflicht seien, die genaue Kostenaufteilung aufzubereiten, damit ersichtlich werde, in welcher Höhe Hilfsfelder überhaupt benötigt würden. Wie dann allerdings der Bund die Summe von 1,25 Milliarden Euro ermittelt hat, wenn die dafür benötigten Zahlen noch nicht zugrunde liegen, erklärte **Gatzert** nicht.



Wir machen NRW DIGITALER

„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK – Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen

